

CHINA aktuell

sche Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung veranstaltet. In einer Eröffnungsrede wies die Staatsrätin Wu Yi darauf hin, daß China der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den afrikanischen Staaten einen hohen Stellenwert einräume. Das Seminar wurde erstmals vom Außenwirtschaftsministerium (MOFTEC) und dem Außenministerium abgehalten und soll zukünftig zweimal jährlich abgehalten werden.

Am Seminar nahmen 22 Personen aus 12 Ländern teil, und zwar aus Ägypten, Eritrea, Äthiopien, Ghana, Kenia, Mozambique, Namibia, Nigeria, Sudan, Tansania, Uganda und Sambia.

Obwohl das Volumen des Handels zwischen China und den afrikanischen Staaten noch relativ unbedeutend ist, gab es in den letzten Jahren größere Zuwachsraten. 1997 belief sich der Handel auf einen Wert von 5,67 Mrd. US\$, ein Anstieg um 40,6% gegenüber dem Jahr 1996. In den ersten sechs Monaten d.J. erreichte der Außenhandel ein Volumen von 2,859 Mrd. US\$, eine Zunahme um 12% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Handelsausweitung ist vor allem auf die verstärkte Aktivität chinesischer Unternehmen zurückzuführen, die unter dem Druck der Asienkrise neue Märkte erschließen müssen. Chinas Ausfuhren in diese Länder stiegen allein im 1. Halbjahr 98 um 44%. (XNA, 4.8.98)

Neben kommerziellen Beziehungen zu den afrikanischen Ländern unterhält China auch zu einer Reihe afrikanischer Länder Beziehungen im Rahmen der Entwicklungshilfe. Ende Juli d.J. entschied die Regierung beispielsweise über einen Kredit zu Vorzugsbedingungen sowie einer Schenkung von insgesamt 210 Mio. Yuan (rd. 25,2 Mio. US\$), die für Entwicklungsprojekte in Zimbabwe bestimmt sind. Davon entfallen 200 Mio. Yuan auf den zinsgünstigen Kredit und 10 Mio. Yuan auf die Schenkung. Die Hälfte der Schenkung soll für einen von China gebauten Damm verwandt werden, während der Rest für noch zu vereinbarende Projekte benutzt werden soll. (XNA, 1.8.98)

Das Gesamtvolumen der im letzten Jahr unterzeichneten zinsgünstigen Kredite belief sich auf 1,6 Mrd. Yuan. Diese waren für 14 Länder bestimmt. Chinesischen Angaben zufolge sollen bis Anfang 1998 insgesamt 1.531 Projekte mit chinesischer Hilfe realisiert worden sein. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 10.2.98,

nach SWB FE/W0525/CNS 18.2.98)
-schü-

Binnenwirtschaft

15 Wachstumsziel von 8 Prozent noch erreichbar?

Vor dem Hintergrund kontinuierlich sinkender Preise hat die chinesische Regierung im August erstmals eingestanden, daß sich China dem Phänomen einer Deflation gegenübersehen. So sind seit Oktober 1997 die Preise stetig gefallen, und es besteht ein deutlicher Angebotsüberhang auf den Güter- und Faktormärkten. In den ersten sieben Monaten d.J. sanken die Preise im Vergleich zur Vorjahresperiode um 2,2%; im Juli betrug der Preisrückgang sogar 3,2%.

Da die Regierung derzeit versucht, die Konjunktur zu beleben, kommen die Deflationserscheinungen sehr ungelegen. Durch zusätzliche fiskalische Anreize soll dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. Vorgesehen ist vor allem eine Ausweitung der geplanten Infrastrukturinvestitionen. (XNA, 15.8.98; FT, 13.8.98)

Neben der Asienkrise stellt die schwache Inlandsnachfrage sowie die durch die Überschwemmungen verursachten Verluste das Erreichen des Wachstumsziels in Frage. Weiterhin setzte sich im Juli die Abschwächung des Exportwachstums fort. Während sich die Ausfuhren im 1. Halbjahr noch um 7,6% erhöht hatten, betrug der Ausfuhranstieg im Juli 1998 lediglich 3,5% im Vergleich zum Vorjahresmonat. (XNA, 15.8.98)

Trotz der sinkenden Preise sieht sich der Einzelhandel weiterhin einer Flaute gegenüber. Nach Statistiken des China National Commercial Information Center erreichten die 260 größten Kaufhäuser im 1. Halbjahr 1998 einen Umsatz von 42,05 Mrd. Yuan, eine Zunahme um 9,4% gegenüber der Vorjahresperiode. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 1997 lag diese Zunahme um 4,3% niedriger. Die Gewinne der Kaufhäuser gingen in den ersten sechs Monaten um 7,5% zurück. Nach Angaben des China National Commercial Information Center waren 57,7% der großen Kaufhäuser von rückläufigen Gewinnen betroffen, 25% machten Verluste. Der gesamte Einzelhandelsumsatz erhöhte sich im 1. Halbjahr zwar noch um 6,8%, lag jedoch gegen-

über der Vorjahresperiode um 4,2% niedriger. (XNA 17.8.98)

Die Hochwasserkatastrophe wird nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums das für dieses Jahr geplante Volumen der Getreideernte in Frage stellen. (FT, 13.8.98) (Siehe hierzu auch die Übersicht „Wirtschaftliche Verluste durch Überschwemmungen dämpfen Wachstumserwartungen“ in dieser Ausgabe.)

Auswirkungen der Überschwemmungen machen sich ebenfalls in der Industrieproduktion bemerkbar, deren Zuwachsraten in den letzten Monaten weiter gesunken sind. Noch im Mai war die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8% gestiegen, im Juni um 7,9% und im Juli um 7,6%. In den ersten sieben Monaten d.J. nahm die Industrieproduktion um 7,8% zu. Diese Entwicklung wird die Realisierung der geplanten Wachstumsrate der Industrieproduktion für das gesamte Jahr in Höhe von 11% erschweren. (SCMP, 17.8.98; XNA, 12.8.98)

Zu den Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zählt die Ausweitung der Bankkredite, deren Volumen zwischen Januar und Juni um 15,6% gestiegen ist. Dies wirkte sich auf die Erhöhung der Anlageinvestitionen um 15% im 2. Quartal 1998 aus, die damit gegenüber dem 1. Quartal deutlich gestiegen sind. Finanzminister Xiang Huaicheng rechnet damit, daß sich dieser Trend auch im 3. Quartal fortsetzt. Hierbei soll auch die vom Transportministerium angekündigte Ausweitung der Investitionen für den Ausbau des Straßennetzes auf 180 Mrd. Yuan beitragen. Gegenüber dem Jahresanfang hierfür vorgesehenen Investitionsvolumens bedeutet das eine Steigerung um 60 Mrd. Yuan; im März war das Volumen bereits von 120 auf 160 Mrd. Yuan angehoben worden. (XNA, 1.8.98)

Nach Einschätzung der *China Economic Times* werden die Anlageinvestitionen in diesem Jahr um 15-17% steigen müssen, damit die vorgesehene gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 8% erreicht werden kann. Für das 2. Halbjahr würde dies eine Zunahme um 20% bedeuten. (AWSJ, 6.8.98)

Zweifel an einem 8%igen BIP-Wachstum gibt es nicht nur im Ausland, sondern verstärkt auch von seiten chinesischer Ökonomen. So geht Cheng Xiusheng vom Forschungszentrum für Entwicklung beim Staatsrat davon aus, daß auch aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht

mit einer Trendwende bei der Binnennachfrage zu rechnen ist. Weiterhin würde die Asienkrise die Entwicklung beeinträchtigen. Sollte der Wert der japanischen Währung weiter fallen, könnte dies auch das Wachstum der chinesischen Exporte noch stärker beschneiden. Cheng nimmt an, daß der Rückgang der Exporte das gesamtwirtschaftliche Entwicklungstempo um 0,5-1% reduzieren könnte. (XNA, 6.8.98) Wird davon ausgegangen, daß durch die Überschwemmungen ebenfalls das Wachstum um 0,5-1% zurückgeht, erscheint das 8%ige Wachstumsziel kaum erreichbar zu sein.

In der chinesischen Regierung hat sich inzwischen auch die zuvor vertretene Position hinsichtlich der Wachstumsrate von 8% für dieses Jahr verändert. So soll Jiang Zemin vor ausländischen Pressevertretern Ende August darauf hingewiesen haben, daß selbst eine etwas geringere Wachstumsrate kein Grund zur Besorgnis sei. Für die Regierung sei es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen auch nicht möglich, Vorgaben zum Wirtschaftswachstum wie im Rahmen der früheren Imperativplanung zu machen und diese auch durchzusetzen. (AWSJ, 26.8.98)

Während landesweit das Wachstum bisher geringer als vorgesehen ausgefallen ist, wiesen eine Reihe von Küstenprovinzen und -städte ein weitaus höheres Entwicklungstempo auf. Hier zu zählt beispielsweise Shanghai, das im Juli eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 10,6% (303 Mrd. Yuan) gegenüber dem Vorjahresmonat und in den ersten sieben Monaten d.J. insgesamt eine Wachstumsrate von 9,5% aufwies. Für das gesamte Jahr wird ein Entwicklungstempo von 10% angestrebt. Shanghais Industrieoutput nahm um 9,2% zu. Wachstumsmotor waren insbesondere die mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen, die 40% zur Industrieproduktion beitrugen. Trotz hoher Wachstumsraten wies auch Shanghai eine negative Preissteigerungsrate von 3,3% im Juli auf. (XNA, 12. und 17.8.98)

Trotz negativer Einflüsse durch die Überschwemmungen erreichte die Provinz Jiangsu in der ersten Jahreshälfte ein BIP-Wachstum von rd. 8% (316 Mrd. Yuan) gegenüber der Vorjahresperiode. Im Vergleich zum ursprünglich geplanten Wachstumstempo war dies jedoch 3% weniger. Die Überschwemmungen ließen die Landwirtschaftsproduktion 5% geringer als in der Vorjahresperiode ausfallen, die

Industrieproduktion nahm um 8,9% und die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor um 11,7% zu. Deutlich über dem Landesdurchschnitt lag der Anstieg der Anlageinvestitionen um 17,8% im 1. Halbjahr 1998, während der Einzelhandelsumsatz dagegen nur unterdurchschnittlich um 4% anstieg. Durch die Erschließung und Ausweitung neuer Absatzmärkte in Europa, den USA und dem Nahen Osten konnte die Provinz in den ersten sechs Monaten die Exporte um 12,9% auf 8,1 Mrd. US\$ erhöhen. (NfA, 18.8.98)

Mit einer Zunahme des BIP um 11% (94,7 Mrd. Yuan) in den ersten sieben Monaten d.J. lag Guangzhou, Hauptstadt der Provinz Guangdong, ebenfalls über dem landesweiten Wachstumsdurchschnitt. Auch Guangzhou wollte wie Jiangsu eine Steigerung des BIP um 13% erreichen. Die Folgen der Asienkrise, die schwache Binnennachfrage sowie schlechte Wetterbedingungen für die Agrarproduktion haben dazu geführt, daß das Wachstumsziel nur noch sehr schwer erreichbar erscheint. (AWSJ, 25.8.98) Die gesamte Provinz Guangdong erwirtschaftete im 1. Halbjahr 1998 ein BIP in Höhe von 347,6 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 9,2% gegenüber der Vergleichsperiode des vergangenen Jahres. Vorgesehen ist ein Entwicklungstempo für das gesamte Jahr von 10%. (NfA, 11.8.98)

Innerhalb der Provinz Guangdong wies die Sonderwirtschaftszone (SWZ) Shenzhen mit einem Wirtschaftswachstum von 14% (54,88 Mrd. Yuan) im 1. Halbjahr 1998 eine doppelt so hohe Zunahme im Vergleich zum landesweiten Entwicklungstempo aus. Diese positive Entwicklung wurde durch die stark expandierende Industrie (+18,7%) sowie hohe Anlageinvestitionen (+21,4% bzw. 20 Mrd. Yuan) getragen. Zwar fielen auch in Shenzhen die Einzelhandelspreise weiter, doch verzeichnete der Einzelhandel einen Umsatzanstieg um 21,1% auf 6,69 Mrd. Yuan. Die Asienkrise hat sich vor allem auf die Shenzhener Exportindustrie negativ ausgewirkt. So konnte die SWZ ihre Exporte im 1. Halbjahr nur um 5,4% auf 11,97 Mrd. US\$ erhöhen; für das gesamte Jahr ist eine Zunahme der Ausfuhren um 10% geplant. (NfA, 13.8.98)

Selbst die Regierung der von den Überschwemmungen besonders stark betroffenen Provinz Hubei in Zentralchina forderte die Hubeier Bevölkerung auf, die ursprünglich geplante Wachstumsrate für dieses Jahr von 12% doch noch zu erreichen. Bis zur Jahresmitte waren 9,5% erreicht worden, doch mußte die Pro-

vinz ab Ende Juni durch die Überschwemmungen hohe Verluste hinnehmen. Von der Hochwasserkatastrophe waren 20,7 Millionen Menschen und 1,38 Mio. Hektar Ackerland betroffen; die direkten wirtschaftlichen Verluste beliefen sich auf 12,7 Mrd. Yuan (1,53 Mrd. US\$). (XNA, 2.8.98) -schü-

16 Wirtschaftliche Verluste durch Überschwemmungen dämpfen Wachstumserwartungen

Obwohl die wirtschaftlichen Verluste aufgrund zum Teil widersprechender Angaben aus China noch immer schwer abzuschätzen sind, kann als Folge der Überschwemmungen in Zentral- und Nordostchina mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums von mindestens einem Prozent in diesem Jahr gerechnet werden. Diese Entwicklung stellt eine zusätzliche Herausforderung für die chinesische Wirtschaft dar, die sich einerseits mit den Folgen der Asienkrise (Rückgang von Außenhandelswachstum und Abflachen des Zustroms von Auslandskapital) konfrontiert sieht und andererseits vor enormen Reformvorhaben (Umstrukturierung der Staatsunternehmen und Banken, Privatisierung des Wohnungssektors, Aufbau des sozialen Sicherungssystems etc.) gestellt sieht.

Zunächst ein Blick auf den Umfang der offiziell bis Ende August d.J. gemeldeten Verluste als Folge der Überschwemmungen:

Der Gesamtumfang der Verluste wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Leiter der Staatlichen Hochwasserkontrollzentrale Wen Jiabao mit 166,6 Mrd. Yuan (20,8 Mrd. US\$) angegeben. Wen nannte eine Fläche von 21 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, die durch die Überschwemmungen betroffen worden sei. Die Zahl der Todesopfer bezifferte Wen auf 3.004 Personen, allein 1.320 in der Yangzi-Region. Weiterhin gab Wen an, daß insgesamt rd. 223 Mio. Menschen von den Überschwemmungen in Mitleidenschaft gezogen wurden, fast 5 Mio. Häuser seien zerstört worden und 13,8 Mio. Menschen obdachlos geworden. Wen Jiabao's Angaben weichen von früher veröffentlichten Berichten damit deutlich ab. (XNA, 27.8.98; Xinhua News Agency, Beijing, in English, 31.8.98, nach SWB FE/3321 G/1, 2.9.98; SCMP, 27.8.98; NfA, 1.9.1998)

Eine Reihe von Provinzen waren von den Überschwemmungen besonders stark betroffen. Hierzu zählte vor allem die Provinz Hubei, in der rd. 4,47 Mio. Menschen (Gesamtbevölkerung 58,7 Mio. Menschen) unter der Hochwasserkatastrophe leiden mußten. Zu den Schäden zählen die Zerstörung von 2,54 Mio. Hektar Ackerland und die Aussetzung oder Reduzierung der Produktion in 9.769 Fabriken. (XNA, 26.8.98)

In der Provinz Heilongjiang wurde ein Drittel des Ackerlandes von den Überschwemmungen betroffen und ein Viertel der Pflanzen zerstört. Weiterhin wurden 750.000 Häuser von den Fluten beschädigt; 8,5 Mio. Menschen waren davon betroffen. Für den Winter wird den Angaben der stellvertretenden Provinzgouverneurin Ma Shujie zufolge eine Zahl von rd. 100.000 Zelten notwendig werden. Mehr als 1.000 Unternehmen mußten ihre Produktion einstellen, mehrere tausend Kilometer Straßen und Eisenbahnen wurden von den Fluten überschwemmt. Die Gesamtkosten sollen sich auf rd. 20 Mrd. Yuan belaufen. (SCMP, 26.8.98)

Durch die Überschwemmungen wurden auch die Erdölfelder in der Provinz Heilongjiang beeinträchtigt. Mitte Oktober sank die Produktion in Daqing durch die Schließung vieler Bohrlöcher (unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Zahl der geschlossenen Bohrlöcher) um 3.724 t pro Tag. Daqing trägt mit 25.000 Ölquellen rd. 40% zum Gesamtoutput an Rohöl bei. (NfA, 20.8.98; SCMP, 19.8.98)

Auch die Menschen in der Inneren Mongolei hatte unter den Folgen der Überschwemmungen zu leiden. Offiziellen Angaben zufolge gab es in der Provinz 150 Tote und 448.000 Menschen, die obdachlos wurden. Es wurden 375.000 Häuser zerstört und fast eine halbe Mio. Häuser beschädigt. Von den Fluten wurden 1,6 Mio. Ackerland verwüstet, und 350.000 landwirtschaftlich genutzte Tiere starben. Der Gesamtumfang der Verluste wird mit rd. 15 Mrd. Yuan angegeben. (SCMP, 26.8.98)

In der Provinz Anhui starben bis Mitte August 88 Menschen durch die Überschwemmungen. Insgesamt wurden 13 Mio. Menschen von den Fluten betroffen, 722.000 mußten evakuiert werden. Die direkten wirtschaftlichen Verluste wurden mit 9,57 Mrd. Yuan angegeben. Auf die Zerstörung im Ackerbau entfiel davon ein Anteil von rd. 6 Mrd. Yuan. (SCMP, 18.8.98)

Als Folge der Überschwemmungen kann mit einer Wachstumsabschwächung gerechnet werden. Da auf die Schäden im Bericht von Wen Jiabao nicht im einzelnen eingegangen wird, können hier nur ansatzweise einige Dimensionen genannt werden. So wurde nicht nur die Sommer-Getreideernte in den Provinzen im Einzugsgebiet des Yangzi erheblich beeinträchtigt, sondern auch das weitere Pflanzenwachstum, und die im Herbst erfolgende Hauptgetreideernte in Zentral- und Nordostchina ist bedroht. Sollten auch Getreidelager von den Fluten betroffen worden sein – dazu liegen bisher keine Meldungen vor –, muß wohl damit gerechnet werden, daß China seine Getreideimporte erhöhen wird. Diese lagen im Durchschnitt bei rd. 10 Mio. t. Auf jeden Fall kann die für dieses Jahr mit 493 Mio. t geplante Getreideernte nicht mehr realisiert werden. Sollte es zu größeren Ausfällen bei der Ernte kommen, würde sich diese Entwicklung sofort als Anstieg der Inflation auswirken, da Lebensmittelpreise mit rd. 50% in den Einzelhandelspreisindex einfließen. Mit der Vernichtung der Ernte und Zerstörung der Felder wird auch ein Einkommensausfall für die Bauern verbunden sein. Dieser wird sich wiederum auf die bereits sehr schleppende Nachfrage auswirken.

Neben Verlusten in der Landwirtschaft müssen die Produktionsausfälle berücksichtigt werden, die in den ländlichen Industriebetrieben entstanden sind. Oftmals sind diese Betriebe Zulieferer für größere städtische Unternehmen und sogar für sino-ausländische Joint Venture-Betriebe. Weiterhin müssen wirtschaftliche Verluste durch die Zerstörung von Infrastruktur für den Transport und Energieanlagen gerechnet werden, unberücksichtigt der Ausgaben, die für den Wiederaufbau zerstörter Häuser und staatlicher Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser etc. anfallen werden. In welchem Umfang Ausfälle bei der Erdölproduktion entstanden sind, ist ebenfalls noch nicht klar.

Bis Ende Juni des Jahres wurde offiziell bereits ein Rückgang des Wirtschaftswachstums aufgrund der Überschwemmungen von 0,4% angegeben. Im Juli und August haben sich die Überschwemmungen im Yangzi-Einzugsbereich jedoch noch ausgeweitet, und auch in Nordostchina war es zu großen Verlusten gekommen.

Über die Ursachen der Überschwemmungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen in China und im Aus-

land. Der bekannte Ökonom Hu Angang beispielsweise weist auf einen Anteil von 70% als Folge globaler Klimaveränderungen und der besonderen geographischen Bedingungen Chinas hin. Dagegen seien die Überschwemmungen zu 30% „hausgemacht“, insbesondere durch die starke Bodenerosion entlang der Regionen am Yangzi. Hierzu nannte Hu einige Zahlen: Die Bodenerosion an den Ufern des Yangzi in Sichuan erstreckte sich auf einen Anteil von 45% der Fläche, in Hubei sei dieser Anteil 33%, in Jiangxi 21%, in Hunan 20%, in Jiangsu 15% und in Anhui 37%. Diese Gebiete würden ständig von Überschwemmungen betroffen sein. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 28.8.98, nach SWB FE/D 3319/CNS 31.8.98)

Vor allem die Abholzungen am Oberlauf führten zu Bodenerosionen. Da das Regenwasser nicht mehr ausreichend vom Boden aufgenommen werden kann, stürzt es ungehindert in den Fluß, der zunehmend verschlammmt. Andererseits wurden die Wasser-Rückhaltegebiete und Seen am Yangzi seit Anfang der 90er Jahre drastisch reduziert und für die Landwirtschaft erschlossen und besiedelt. Gleichzeitig wurden die Dämme erhöht und Flußbegradigungen eingeführt. Alle Bedingungen zusammen brachten höhere Wasserstände und stärkere Gefahren im Falle von Deichbrüchen mit sich. (Siehe hierzu Weggel, Oskar (1998), „Naturkatastrophen und Archetypen: Variationen zum Thema Yangzi-Fluten“, *China aktuell*, Juli 1998.)

Da chinesische Statistiken über die Überschwemmungsfolgen noch nicht ausreichend vorliegen und sich teilweise auch widersprechen, kann eine abschließende Beurteilung der volkswirtschaftlichen Kosten noch nicht erfolgen. Während ein Rückgang des Wirtschaftswachstums um 1% durchaus als eine konservative Schätzung erscheint, sind einige chinesische Ökonomen durchweg optimistischer. So geht Hu Angang davon aus, daß sich die Folgekosten der Überschwemmungen zwar auf rd. 250-300 Mrd. Yuan bzw. auf 3-4% des BIP belaufen werden, eine Kompensation jedoch durch ein höheres Wirtschaftswachstum in anderen als den direkt betroffenen Provinzen möglich sei. (*Die Welt*, 1.9.98) -schü-

17 **Abbremsung der Wirtschaftsreformen? Studie sieht mittelfristig negative Auswirkungen eines verringerten Reformtempo**

Auf dem Nationalen Volkskongreß im März dieses Jahres waren einschneidende Reformen wie die Privatisierung des Wohnungssektors und der Verkauf von kleinen Staatsbetrieben als Teil der umfassenden Reform des Staatssektors angekündigt worden. Es scheint jedoch nunmehr Anzeichen dafür zu geben, daß das Tempo der Umsetzung der Reformvorhaben aufgrund von Widerständen gedrosselt wurde. Stellvertretend hierfür ist ein Kommentar im offiziellen Sprachrohr der KPCh, der *Renmin Ribao* (Volkszeitung), auf der Titelseite am 5.10.98 „Sha Sha mai qiye zhe gu feng“ (Aufhören mit diesem Arbeitsstil des Verkaufs von Unternehmen), in dem der überstürzte Verkauf von kleineren Staatsunternehmen kritisiert wird.

In dem Kommentar wird beklagt, daß an einigen Orten ohne ausreichende Analyse die kleinen staatseigenen Unternehmen sofort verkauft worden seien. Um das Tempo der Privatisierung zu beschleunigen, hätten einige Lokalregierungen sogar Personal in diese Unternehmen gesandt. Die schnell um sich greifende Praxis des Verkaufs kleiner Staatsunternehmen erzeuge die falsche Stoßrichtung bei der Reform der Staatsunternehmen. Hierdurch werde sowohl die gesunde Entwicklung der Unternehmen als auch die Wiederbeschäftigung von freigesetzten Arbeitskräften dieser Betriebe behindert. Der Kommentar begründet diese Entwicklung mit der Fehlinterpretation der Richtlinien des 15. Parteitag der KPCh, die von einer Vielfalt verschiedener Formen zur Belebung von kleinen staatseigenen Unternehmen ausgehen. Diese wichtigen und komplizierten Reformen seien jedoch von den zuständigen Leitern in einigen Gebieten vereinfacht und auf die Privatisierung dieser Unternehmen reduziert worden. Dementsprechend forderte der Kommentar die Verantwortlichen auf allen Ebenen dazu auf, die Richtlinien des 15. Parteitags zur Reform der Staatsunternehmen genauer zu studieren. Nur solche kleinen Unternehmen, die stark verschuldet seien und keine Hoffnung auf eine Wiederbelebung hätten, dürften verkauft werden. Der Verkauf müsse sich auf der Grundlage strenger Maßstäbe vollziehen, Verluste an staatlichen Vermögenswerten sowie die Rechte der freigesetzten Arbeiter müßten dabei ebenfalls berück-

sichtigt werden. (XNA, 6.8.98; AWSJ, 6.8.98)

Da gleichzeitig mit der Kritik an den schnellen Verkäufen von kleinen staatseigenen Unternehmen auch die zum 1. Juli 98 geplante Privatisierung im Wohnungssektor abgebrochen und auf das Ende dieses Jahres verschoben wurde, gehen einige ausländische Beobachter zwar nicht von einer Abkehr von den Reformen, sondern von einer Abbremsung des Reformtempo aus. Hintergrund hierfür sei die mit dem schnellen Reformtempo verbundene Zunahme der sozialen Instabilität. (Mooney, Paul (1998), „Reform on the Rocks?“, *China Trade Report*, August, S.3.)

In diesem Zusammenhang ist eine gerade erschienenen Studie der Economist Intelligence Unit (EIU) von Bedeutung, in der die mittelfristigen Folgen der Politikoptionen der Regierung untersucht werden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß sich eine Reduzierung des Reformtempo zwar kurzfristig nicht auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken werde. In der ersten Dekade des kommenden Jahrhunderts jedoch würden sich die negativen Folgen der Reformverzögerungen als niedriges Wirtschaftswachstum, verbunden mit einem geringeren Lebensstandard als von der Regierung erwünscht, niederschlagen. Die EIU geht davon aus, daß bei Beibehaltung des hohen Reformtempo mit Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen und Banken, mit Einführung einer marktorientierten Geldpolitik und Beitritt zur Welt Handelsorganisation das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei 7,4% im Zeitraum 2001 bis 2010 liegen wird. Sollten die Reformen jedoch abgebremsert werden, d.h. sollten weiterhin die Bankkredite nach politischen Kriterien verteilt und die Investitionen des öffentlichen Sektors zur Deckung der Verluste der staatseigenen Unternehmen eingesetzt werden, dann rechnet die EIU nur mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,3% im oben genannten Zeitraum.

Zwischen der ersten und der zweiten Politikoption besteht nach Einschätzung der EIU der Unterschied vor allem im jeweils erreichbaren Lebensstandard. So könne bei der Fortsetzung eines höheren Reformtempo ein Pro-Kopf-BIP von rd. 10.000 US\$ in Kaufkraftparität bis zum Jahr 2010 erwartet werden, bei einer Verlangsamung der Reformen jedoch nur 4.600 US\$. Damit würde China entweder den Entwicklungsstand der Tschechi-

schen Republik oder den Mexikos im Jahre 1995 erreichen.

Allerdings weist die EIU in ihrem Bericht darauf hin, daß mit dem höheren Reformtempo das Potential für soziale Unruhen zunehmen wird, da sich die Arbeitslosigkeit bis Ende des Jahrhunderts auf 40 Mio. erhöhen werde. Demonstrationen der Arbeiter gebe es bereits häufiger als früher, und auch die regionalen Entwicklungsunterschiede hätten sich verschärft. Vor diesem Hintergrund und mit Bezug auf Stellungnahmen der Regierung hinsichtlich der Verwässerung einzelner Reformen geht die EIU davon aus, daß China den langsameren Wachstumspfad wählen wird. Jedoch nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig bringe das höhere Reformtempo der EIU-Studie zufolge größere Arbeitslosigkeit mit sich. Der Grund ist die steigende Migration von den ländlichen Gebieten in die Städte, die zeitlich mit einer starken Expansion der Gesamtzahl der Arbeitskräfte zusammenfalle.

Bei einem langsameren Reformtempo würden weniger Arbeitsplätze durch die Rationalisierungsmaßnahmen in den Staatsunternehmen und durch eine reduzierte Verwaltung wegfallen. Die Arbeitslosigkeit würde 3% im Jahre 2010 betragen im Vergleich zu 4,8% bei einem schnellen Reformtempo. Allerdings würde die Arbeitslosigkeit auch bei einem langsamen Reformtempo tendenziell steigen und die Löhne würden niedriger sein.

Wenn andere Faktoren wie beispielsweise Einflüsse auf die Zahlungsbilanz sowie eine stärker ausgeglichene regionale Entwicklung in die Bewertung der Politikoptionen der Regierung einbezogen würden, dann sei die Entscheidung für ein bestimmte Wirtschaftspolitik noch weitaus schwieriger. So bedeute ein höheres Reformtempo auch langfristig eine größere Abhängigkeit Chinas von Auslandskapital. Mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 3,2% des BIP und umfangreichen Rückzahlungsverpflichtungen für Auslandskredite werde China im Jahre 2010 vor enormen Finanzierungsproblemen gestellt. Bei einem geringeren Reformtempo dagegen würden sich die regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den reicheren Küstenprovinzen und den ärmeren Inlandsprovinzen langfristig verschärfen, da die Küstenprovinzen von selbst bestimmte Reformen einleiten würden.

Die EIU-Studie stellt die Politikoptionen in den Kontext der Unsicherheit über die langfristige Zukunft der

KPCh. Zwar müsse die Partei nicht mit einer direkten Infragestellung ihrer Herrschaft bis zum Jahre 2010 rechnen, doch würde durch die enormen Veränderungen, die mit der Entstehung eines komplizierten, offenen sozialen und wirtschaftlichen Systems verbunden seien, das politische Monopol der KPCh immer mehr unterhöhlt werden. (FT, 10.8.98)

Ob die chinesische Regierung tatsächlich gezwungen sein wird, das Reformtempo abzubremesen, wird entscheidend von der Entwicklung der Konjunktur in der 2. Jahreshälfte abhängen. Hierbei wird vor allem zu beobachten sein, welche Auswirkungen die Asienkrise haben wird, und ob die Konjunkturbelebung Erfolg hat. -schü-

dene Ansätze gewählt werden. Hierzu zähle die Sicherung der Grundbedürfnisse der städtischen Bevölkerungsteile, die sich mit Problemen wie Arbeitslosigkeit konfrontiert sehe. Es sei von großer Bedeutung für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität, daß die Grundversorgung der Arbeitslosen gesichert werde. Dementsprechend müsse umgehend ein System zur Absicherung des Mindestlebensstandards der städtischen Bevölkerung aufgebaut werden. Die sozialistische Marktwirtschaft mache dies erforderlich, und die Mindestabsicherung sei ein wichtiger Aspekt des sozialen Sicherungssystems in China.

Gerechtigkeit. Der Artikel weist darauf hin, daß ein großer Teil der Bevölkerung unzufrieden sei mit den Einkommensunterschieden und dem Auseinanderklaffen der Lücke zwischen Reich und Arm. Dies Phänomen stehe in direktem Zusammenhang mit illegalem Einkommen, so daß ihr Entstehen bekämpft werden müsse.

Weiterhin wird die Besteuerung exzessiv hoher Einkommen als Mittel der Verbesserung der Einkommensverteilung gefordert. In den westlichen Ländern würden progressive Einkommenssteuern als wichtigstes Instrument bei der Einkommensverteilung eingesetzt. Hierbei sollten einige Aspekte berücksichtigt werden wie unterschiedliche progressive Besteuerung für Produktions- und Kapitaleinkommen, Einführung neuer Steuerarten wie Schenkungs- und Erbschaftssteuern, angemessene Erhöhung des Besteuerungsniveaus im Lauf der Zeit sowie eine besondere Besteuerung von Luxuskonsum.

Zuletzt fordern die Autoren in dem Artikel eine Normalisierung der Einkommensarten, da es derzeit eine verwirrende Vielzahl von Einkommensquellen gebe. Beispielsweise existierten Geld- und Naturaleinkommen, Einkommen von der eigenen Arbeitseinheit und Einkommen von außerhalb der Arbeitseinheit, Lohn- und Bonieinkommen, Wohlfahrtseinkommen etc. Die Transparenz des individuellen Einkommens sei so gering, daß sich in den Löhnen und Gehältern nicht die tatsächliche Einkommenshöhe widerspiegeln würde. Die Folge dieser Entwicklung sei, daß der Bevölkerung eine realistische Einschätzung der Einkommensunterschiede schwerfalle und daß der Staat bei der Berechnung der individuellen Einkommenshöhe für die Besteuerung große Probleme habe. Es sei dringend notwendig, standardisierte Maßstäbe zur Berechnung der Einkommen aufzustellen. (RMRB, 27.8.98, nach SWB FE/D3318/CNS 29.9.98)

Der Artikel in der *Renmin Ribao* muß auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht nur wegen der wachsenden Einkommensunterschiede im allgemeinen, sondern vor allem aufgrund der weit verbreiteten Korruption der Funktionäre in Staat und Partei gesehen werden. Die Zahl der Funktionäre, die zwischen 1993 und 1997 wegen Korruption verurteilt worden sind – also nur die Spitze des Eisbergs –, belief sich nach Angaben auf dem Nationalen Volkskongreß im März d.J. auf 158.806 Personen. In 174 Fällen

Tabelle: Chinas alternative Entwicklungsaussichten

	Hohes Reformtempo		Geringes Reformtempo	
	1996-2000	2001-2010	1996-2000	2001-2010
BIP ¹	7,7	7,4	7,6	5,3
BIP p.c. ²	1.090	2.533	1.089	1.535
Arbeitslosigkeit ³	5,5	4,8	2,7	3,0
Leistungsbilanz ⁴	20,55	-113,92	124,01	-98,46
Inflation ⁵	9,0	7,6	9,0	9,4

Quelle: Georgina Wilde (1998), *China to 2010*, Economist Intelligence Unit, London.

Anmerkungen:

¹BIP = Durchschnittliches BIP-Wachstums pro Jahr in Prozent

²BIP p.c. = Pro-Kopf-BIP in US\$

³Arbeitslosenquote am Ende der Periode in Prozent

⁴Leistungsbilanz in Mrd. US\$

⁵ Einzelhandelspreisindex im letzten Jahr der Periode in Prozent

18 „Einkommensunterschiede im Frühstadium des Sozialismus kaum vermeidbar“

In der *Renmin Ribao* (Volkszeitung), offizielles Sprachorgan der KPCh, wurde Ende August d.J. ein Artikel veröffentlicht, der zu den wachsenden Einkommensunterschieden Stellung nimmt. Um unvermeidbar auftauchende Einkommensunterschiede zu reduzieren, fordert der Artikel die Unterstützung von Arbeitslosen und Armen, Verbot illegaler Einkommen sowie die Besteuerung exzessiv hoher Einkommen.

Die Überlegenheit des Sozialismus, so die Autoren Zhang Xingjie und Wang Qiumei, bestände darin, daß dieser zum Reichtum aller Menschen in einem Land führen würde. Im Anfangsstadium des Sozialismus jedoch (in dem sich China nach Auffassung der KPCh befindet) seien gewisse Einkommensunterschiede unvermeidbar. Um eine Polarisierung der Einkommen zu vermeiden, müßten verschie-

Weiterhin müsse die Armutsbekämpfung verstärkt werden. Es werde sehr schwer werden, die absolute ländliche Armut (Nahrungsmittel und Bekleidung) bis zum Dekadenende abzuschaffen. Um dies Ziel zu erreichen, sei der Zusammenhang zwischen regionalen Armutsbekämpfungsmaßnahmen und Unterstützung armer Haushalte zu beachten. So müsse beispielsweise berücksichtigt werden, daß es noch arme Haushalte in einem Kreis geben kann, auch wenn der Einkommensdurchschnitt im Kreis oberhalb der Armutschwelle liege, und daß diese Haushalte unterstützt werden müßten. In der Armutsbekämpfung müsse das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe dominieren.

Um die Einkommensunterschiede zu reduzieren, müßten auch die illegalen Einkommensmöglichkeiten bekämpft werden. Diese entstünden durch gesetzeswidrige Inanspruchnahme staatlichen und kollektiven Eigentums, durch Ausbeutung von Arbeitskräften sowie durch willkürliche Verstöße gegen Grundsätze von Recht, Moral und

ging es dabei um einen Wert von mehr als 1 Mio. Yuan. Zu den schwersten Korruptionsfällen zählt derjenige von Chen Xitong, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt Beijing. Er soll rd. 2,2 Mio. US\$ durch Korruption unterschlagen haben. Nach einer Verhandlungsdauer von drei Jahren wurde Chen im Juli d.J. zu 16 Jahren Haft verurteilt. Diese Strafe erscheint noch relativ mild verglichen mit den Todesurteilen bei geringeren Beträgen für „normale“ Bürger. Allerdings zeigt der Fall Chen, daß die derzeitige politische Führung die Korruption auch auf höchster Ebene anprangern will. Jüngstes Beispiel hierzu ist das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung durch die Armee. Da die Polizei und die Armee in China de facto über dem Gesetz stehen, konnten sie ihre Macht und Privilegien bei ihrer Wirtschaftstätigkeit direkt für den Zweck der Gewinnerzielung einsetzen. (SCMP, 21.8.98; FAZ, 19.8.98) -schü-

19 Zweifel am Rückzug der VBA aus der Wirtschaft

Im Juli d.J. hatte Jiang Zemin in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission angeordnet, daß sich die Volksbefreiungsarmee (VBA) und die bewaffnete Volkspolizei vollständig aus der Wirtschaft zurückziehen und auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränken sollen (siehe hierzu die Übersicht „Armee soll sich von ihren kommerziellen Unternehmungen trennen“, in: *China aktuell*, Juli 1998, S. 679-680).

Weder ausländische Analysten noch Mitarbeiter in den militäreigenen Unternehmen gehen davon aus, daß es zu einer sofortigen Umsetzung der Anordnung Jiang Zemins kommen wird. Vielmehr wird damit gerechnet, daß das Militär zwar keinen offenen Widerstand leisten, sondern versuchen wird, sich den Anweisungen zu entziehen. (NfA, 3.8.98) Vertreter aus Militärunternehmen glauben sogar, daß die Kampagne auch gewisse Vorteile für sie mit sich bringen könnte. Wenn ineffiziente Militärunternehmen privatisiert würden, könnten durch Fusionen die besten überleben und noch wettbewerbsfähiger werden. (SCMP, 24.8.98)

Daß die Anweisung zum Rückzug aus der Wirtschaft nicht unbedingt zum Zusammenbruch des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes führen wird, davon geht auch der Hongkonger Analyst Tai Ming Cheung aus. Tai, Direktor eines Wirtschaftsberatungsunter-

nehmens und Autor eines Buches zum militärisch-wirtschaftlichen Komplex, sieht es als wahrscheinlicher an, daß es einfach nur zu einer stärkeren Trennung von Armeeunternehmen und Militär kommen wird. Damit verbunden wären folgende Implikationen (im folgenden siehe Tai Ming Cheung (1998), „All quiet on the Economic Front“, *China Trade Report*, September, S.6-7):

- Die Militärunternehmen müssen nicht mehr länger ihre Gewinne an die Armee abliefern.
- Die Zentralregierung muß in der Folge die Ausgaben im Staatshaushalt erhöhen, um diese Verluste zu kompensieren.
- Die Armee bleibt wahrscheinlich der Eigentümer von Militärunternehmen, wird jedoch keine direkte Kontrolle mehr über die Unternehmen ausüben.
- Die Verwaltungsorgane der Armee im Logistikapparat, die derzeit für das Management des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes verantwortlich sind, werden wahrscheinlich umstrukturiert und aus dem Militär ausgegliedert. Kleine und mittelgroße Unternehmen, die rd. 95% der Armeeunternehmen bilden, werden wahrscheinlich transferiert oder an den zivilen Sektor verkauft.

Offiziellen Angaben zufolge gibt es rd. 15.000 Fabriken, Handelsunternehmen, Landwirtschaftsgüter und kommerzielle Einheiten im Eigentum des Militärs. Die zwischen 500 bis 1.000 großen Unternehmen jedoch sollen rd. drei Viertel der Produktion und der Gewinne liefern. Viele dieser Unternehmen werden derzeit fusioniert und sollen in der kommenden Dekade an der Spitze des Wachstums des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes stehen. 40 bis 50 solcher Gruppen wurden bereits gebildet, wobei China Poly Group als führendes Waffenhandelsunternehmen wohl am bekanntesten ist. China Poly hat inzwischen auch die Wirtschaftsaktivitäten differenziert und verstärkt auf die Bereiche Immobilien, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen ausgeweitet. Den Kommandanten in der Zentralen Militärführung sowie in den Provinzen sollen jeweils zwei und mehr dieser Unternehmensgruppen unterstellt sein.

Der überwiegende Teil der militäreigenen Unternehmen ist in den Bereichen

Industrie und Dienstleistungen zu finden, insbesondere in einigen besonders dynamischen Branchen. Dazu zählen beispielsweise:

Transportsektor: Die Militärunternehmen haben das ausgedehnte, für militärische Zwecke bestimmte Transportsystem umgewandelt in eines für zivile Nutzung, einschließlich von Eisenbahnen, Flughäfen und Seehäfen. Die Luftwaffe hat eine eigene Fluglinie, auf der militärische Transportflugzeuge eingesetzt werden, die weniger nachgefragte Inlandstrecken bedienen. Die Kriegsmarine verfügt über mehrere Unternehmen für Inland- und Hochseeschiffsverkehr.

Fahrzeugproduktion: Es gibt 70 militäreigene Unternehmen, die rd. 20% zur Produktion von Fahrzeugen und Lastkraftwagen beitragen. Aufgrund geringer Effizienz und Auftragsmangel sollen die meisten der Unternehmen jedoch nur zur Hälfte ihrer Kapazität produzieren.

Pharmazeutische Industrie: Die Armee soll ca. 400 pharmazeutische Fabriken besitzen, die 10% des gesamten Outputs der Pharmaindustrie erzeugen. Die Spezialität dieser Unternehmen ist traditionelle chinesische Medizin. Das Unternehmen 999 Enterprise Group in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen ist das landesweit größte pharmazeutische Unternehmen.

Hoteltourismus: Insgesamt gibt es rd. 1.500 militäreigene Hotels, die sowohl umgewandelte Gästehäuser der VBA als auch Luxushotels umfassen.

Immobilien: Militärunternehmen haben sich stark im Immobiliensektor engagiert und sowohl Bürohochhäuser und Geschäftszentren als auch Luxuswohnungen in den großen Städten gebaut.

Bekleidungsindustrie: Vier der zehn größten Bekleidungsunternehmen sind im Eigentum des Militärs. Diese Unternehmen produzierten früher Militäruniformen und haben sich dann auf zivile Bekleidungsherstellung umgestellt.

Bergbau: Militäreinheiten betreiben rd. 150 große Minen, in denen Kohle und eisenhaltige Metalle gefördert werden. Die jährliche Kohleproduktion beläuft sich auf rd. 40 Mio. t und wird überwiegend auf dem Markt verkauft.

Telekommunikation: Die VBA hat eine bedeutende Präsenz in dem sich sehr dynamisch entwickelnden Markt für mobile Telekommunikation. Diese Präsenz ist insbesondere auf ihre Kon-

Tabelle: Wirtschaftsunternehmen der VBA

Zentrale der Volksbefreiungsarmee		
Generalstab	Politische Hauptabteilung	Hauptabteilung Logistik
Wichtigste Unternehmen	Wichtigste Unternehmen	Wichtigste Unternehmen
Büro für militärische Ausrüstungen und Technologiekoooperation	Kaili oder Carrie Enterprises	China Xinxing
China Poly	Ark Holdings	Sanding
China Fuli	Hongkong Macao International Holdings (notiert in Hongkong)	Sunwin
China Huitong	HMH China Investment (notiert in Toronto)	Sanjiu Enterprises, oder 999 Enterprise
Pinghe Electronics, oder Ping He Import/Export	HMH Gold Mining (notiert in Australien)	Nanfang Pharmaceutical
China Electronics Systems Engineering	China Tiancheng	
China Great Wall Mobile Telecom		
China Zhihua		
Continental Mariner (notiert in Hongkong)		
Poly Investment Holdings (notiert in Hongkong)		

Quelle: United Food und Commerical Workers International Union, zitiert in Tai Ming Cheung (1998), „All quiet on the Economic Front?“, *China Trade Report*, September, S. 6-7.

trolle über wichtige Radiowellenlängen zurückzuführen. Weiterhin sind es vor allem Militärunternehmen, die den Großteil der optischen Kabel für die Kommunikation verlegen. Die ausländische Präsenz der Unternehmen erstreckt sich insbesondere auf Hongkong. Dort sind bereits einige der Unternehmen an der Börse notiert (siehe die Tabelle Wirtschaftsunternehmen der VBA). -schü-

die zwischen dem *Chief Executive* und dem *Legislative Council* bestünden. Er beabsichtige nicht, über seine Beijing-Reisen jeweils öffentlich Rechenschaft abzulegen und werde in den nächsten 12 Monaten zu drei offiziellen Anlässen in der Legislativversammlung zugegen sein: zur traditionellen Regierungserklärung („Policy Address“ im Oktober), vor der Verabschiedung des Jahreshaushaltes sowie im Juni nächsten Jahres. Ansonsten werde der Regierungschef regelmäßige informelle Kontakte mit Abgeordneten der Legislative pflegen. (SCMP, 29.8.1998) -hei-

gagiert, können aber auch von den Schulen direkt angeworben werden. In beiden Fällen jedoch gibt es Schwierigkeiten, passende Lehrer zu finden. Die Bildungsbehörde unternahm noch einmal verstärkte Anstrengungen einer gezielten Werbung mit dem Ergebnis, daß bis Ende August 300 Englischlehrer erwartet wurden. Sie kommen aus Britannien, den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Singapur, Japan und Korea. (SCMP, Internet Ed., 13. u. 27.8.98)

Trotz Einführung des Kantonesischen als Unterrichtssprache an den meisten Sekundarschulen (nur etwa ein Viertel der Sekundarschulen – nämlich 114 Schulen – darf weiterhin Englisch als Unterrichtssprache verwenden) lehnt der überwiegende Teil der Eltern muttersprachigen Unterricht ab. Einer jüngsten Umfrage zufolge gaben drei Viertel der befragten Eltern von Grundschulern an, alles zu versuchen, ihre Kinder auf eine englischsprachige Sekundarschule zu bekommen. 70 Prozent der Eltern glaubten, daß Schulen mit Englisch als Unterrichtssprache Eliteschulen seien und den Kindern eine bessere Zukunft bescheren würden. (SCMP, Internet Ed., 24.8.98; vgl. auch C.a., 1998/12, Ü 39) Es wird Jahre dauern, um die Vorurteile gegen kantonesischsprachige Schulen abzubauen. Dies kann nur geschehen, wenn das Niveau dieser Schulen angehoben wird. -st-

SVR Hongkong

20 Tung lehnt regelmäßige Regierungserklärungen vor der Legislativversammlung ab

SVR-Regierungschef Tung Chee-hwa bekräftigte Ende August seine distanzierte Haltung gegenüber der neu gewählten Hongkonger Legislativversammlung und insbesondere gegenüber der in den Mai-Wahlen so erfolgreichen regierungskritischen Opposition.

Mehrere Abgeordnete hatten Tung im August dazu aufgefordert, regelmäßig – mindestens alle zwei Monate und insbesondere nach Konsultationen mit der Zentralregierung in Beijing – vor dem Hongkonger Parlament aufzutreten, um die Politik der Regierung zu erläutern.

Tung lehnte dies in einem Schreiben, das er von seinem Privatsekretär verfassen ließ, ab. Die Teilnahme an Sitzungen der Legislative sei nur einer von vielen Kommunikationskanälen,

21 Mangel an muttersprachigen Englischlehrern

Kurz vor Beginn des neuen Schuljahres ist nicht sichergestellt, daß alle Sekundarschulen in Hongkong einen muttersprachigen Englischlehrer erhalten. Gleichsam als Kompensation für die Einführung muttersprachigen Unterrichts an den Hongkonger Sekundarschulen, die 1997 erfolgte, hatte Tung Chee-hwa in seiner ersten Regierungserklärung versprochen, daß alle Schulen, an denen die Unterrichtssprache Kantonesisch ist, einen „native speaker“ für den Englischunterricht erhalten, um dessen Qualität anzuheben. Geplant waren die Anwerbung und Einstellung von 700 Englischlehrern aus englischsprachigen Ländern. Offensichtlich aber sind die Posten nicht sehr attraktiv, denn im August waren erst 200 Lehrer aus dem Ausland in Hongkong angekommen. Für etwa 100 Schulen fehlen noch Englischlehrer. Die Lehrer werden von der Hongkonger Bildungsbehörde en-

22 Großer Andrang zur Sekundarstufe II

In diesem Jahr ist der Andrang auf die letzte Klasse der Sekundarstufe